



NEWS [Presseaussendung des des ULV](#) (Stefan Schön):

NEWS **Uni-Budgets: Forderung nach sachlicher und seriöser Argumentation**

NEWS *Das Versprechen an die nächsten Generationen muss auch budgetär eingelöst werden*

NEWS *Wien (OTS) - Die geplante nominelle Kürzung der Unibudgets ab 2028 ist indiskutabel und lässt sich auch nicht kosmetisch schönfärben, ebenso wenig wie eine Verschiebung auf der Zeitachse in Richtung Oktober dieses Jahres. Wo Innovation stattfinden und Forschungsergebnisse vorliegen sollen, können Budgets nicht im Ernst ohne Rücksicht auf unabdingbare Kostensteigerungen erstellt werden. Mit einer fehlenden Milliarde könnte der seriöse Studienbetrieb nicht aufrechterhalten werden, die Gehälter des Personals nicht bezahlt werden, etc. Das haben die Universitätsleitungen in den letzten Tagen plausibel vorgerechnet. Sollen also einzelne Universitäten geschlossen werden? Ist das der Plan?*

NEWS *Dieser Verdacht verdichtet sich, wenn man sich die Ideen vor Augen hält, mit welchen die Ministerin statt des Verlustes eine Stärkung der Universitäten erreichen will: Lohnnebenkostensenkung, Baukostenzuschüsse und Philantropie durch Stiftungen - das alleine wird wohl nicht reichen.*

NEWS *Es wäre geboten die Diskussion auf einer realistischen und grundsätzlichen Ebene zu führen! Schon in diesem Jahr wurde für die Realisierung des Pakts für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) ein „Budgetopfer“ mit einem massiven Lohnverzicht der Beschäftigten erbracht. FTI-Pakt: „Grundlagenforschung als Sprungbrett für Innovation“ nennt ihn das Wissenschaftsministerium, „Versprechen an die nächsten Generationen“ die NEOS. Einen "Whole-of-Government"-Ansatz soll es geben, also eine engere Abstimmung zwischen Ministerien und der Wirtschafts-, Hochschul- und Forschungspolitik. Der Abzug von Wissen und Know-how soll verhindert werden, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden. Die gegenseitige Bedingtheit von Bildungs-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik wurde letzte Woche bereits ausgiebig zu Recht betont.*

NEWS *Daher nochmals mit aller Deutlichkeit: Mit einer fundamentalen Kürzung der Universitätsbudgets lassen sich die Ziele des FTI-Pakts niemals realisieren, der Schaden fürs Land wäre auf Jahre hinaus nachhaltig und die Blamage im europäischen Raum aufgelegt. In diesem Zusammenhang muss auch klar festgestellt werden, dass es hier nicht um Zubrot für die Universitäten geht. Es ist richtig, dass die Universitäten die durch Pandemie und Krieg verursachten Mehrkosten bisher abgegolten bekommen haben. Die vorsichtigen Prognosen für 2028 und danach haben die Folgekosten und daher exakt dieses Faktum in den Kalkulationen vor Augen und nicht mehr! Aber weniger würde einen schmerzhaften Griff in die Substanz bedeuten, mit dem sich Österreich auch international schlecht aufstellen würde.*

NEWS *Der ULV fordert deshalb von der Bundesregierung mehr Respekt vor Wissenschaft, Forschung und deren Lehre ein. Der Finanzminister möge die offensichtlich zu geringe Dotation des Wissenschaftsministeriums vor seiner Budgetrede nochmals überdenken. Der ULV unterstützt ausdrücklich die Demonstrationen ab Mittwoch, den 27.5.2026 und fordert alle Angehörigen der Universität zur Teilnahme auf. Es handelt sich dabei um die Forderung nach Dialog auf Augenhöhe und es geht dabei auch um den respektvollen Umgang mit fast 70000 Beschäftigten in Österreich.*

NEWS **Auszug aus der [ULV Aussendung für die Betriebsrätevorsitzendenkonferenz](#) des wissenschaftlichen und künstlerischen Universitätspersonals.** (Gerhard Wohlfahrt, Daniela Kremslehner, Armin Pirker, Evelyn Krall, Stefan Schön)

NEWS *Wir, die Betriebsrätevorsitzendenkonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Universitätspersonals, fordern die österreichische Bundesregierung dazu auf den Universitäten ausreichende finanzielle Mittel zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, aber auch dazu, allen Mitarbeiter\*innen einen angemessenen Inflationsausgleich in Aussicht zu stellen. Die ausreichende finanzielle Ausstattung ist im Universitätsgesetz verpflichtend vorgeschrieben. Das Universitätsgesetz schreibt auch klar eine Kontinuität in der Finanzierung über einzelne Leistungsvereinbarungsperioden fest und begrenzt Kürzungsmöglichkeiten (sh. §12a [3] UG). Mit der derzeit im Raum stehenden Budgetkürzung können die Aufgaben in Forschung, Lehre und Third-Mission nicht bewältigt werden. Die Regierung agiert damit außerhalb des gesetzlichen Rahmens!*

NEWS *Insbesondere würde eine Kürzung des Universitäten-Budgets das – ohnehin überwiegend nur prekär angestellte - Personal der Universitäten weiter belasten und dadurch die Lehr- u. Forschungsbedingungen in Österreich deutlich verschlechtern. Der Anteil an Befristungen (ca. 80%) und Teilzeitverträgen liegt bereits jetzt deutlich über dem Durchschnitt des österreichischen Arbeitsmarkts. Laut Berechnungen der Universitätenkonferenz (Uniko) könnte es in Folge der Kürzungen zu einer mittelfristigen Reduktion von rund 20 Prozent des Personals kommen. Damit könnte künftig jede fünfte Person nicht mehr beschäftigt werden. Dies würde wohl nicht über – wie in anderen Beschäftigungsbereichen üblichen - „Kündigungswellen“ erfolgen, sondern schleichend: Die mehrheitlich befristet angestellten Mitarbeiter\*innen erhalten keine Verlängerungen bzw. keine unbefristeten Anstellungen mehr. Eine Schwächung der Grundfinanzierung ist gerade damit aber nicht nur ein Einmaleffekt, sondern erhöht die Verunsicherung und Belastung aller wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitenden kurzfristig und verschärft das vorhandene Prekariat dauerhaft über viele Jahre hinweg.*

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Mitgliedschaft oder noch besser:  
Engagieren Sie sich im ULV!

Anmeldeformular siehe Webseite

[tug.ulv.at](http://tug.ulv.at)

NEWS  
NEWS  
NEWS



